

## 20 Euro im Monat? Die Deutschen verkennen ihre wahren Klimakosten

Welt, 26.08.2020, Daniel Wetzel

*Ab 1. Januar steht mit der Bepreisung von CO2 eine spürbare Kostenbelastung ins Haus*

Ungeachtet des Konjunkturerinbruchs wird bald eine CO2-Abgabe auf Benzin und Heizöl fällig. Viele Verbraucher sind sich der Abgabenlast noch gar nicht bewusst. Dabei sind die Zusatzkosten erheblich, wie eine aktuelle Studie belegt.

In wenigen Monaten werden die deutschen Verbraucher erstmals verursachergerecht mit den Klimakosten des Autofahrens und des Heizens belastet. Ziel des Brennstoffemissionshandelsgesetzes ist es, Verbraucher zum Kauf klimafreundlicher Alternativen zu animieren. Allerdings ist der anstehende Paradigmenwechsel im Steuer- und Abgabensystem bislang noch weithin unbekannt.

Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Verbraucherportals Verivox hervor, die WELT exklusiv vorliegt. Demnach ist erst einer Minderheit von knapp 47 Prozent der Befragten bewusst, dass ab 1. Januar mit der Bepreisung von CO2 eine spürbare Kostenbelastung ins Haus steht.

Ein Viertel der Befragten zeigten sich unsicher, fast 29 Prozent ist die anstehende Verteuerung von Benzin und Heizöl völlig unbekannt. Eine deutliche Mehrheit der von Verivox befragten hält die geplanten Mehrkosten für den Klimaschutz jedenfalls für zu hoch. Ab Januar 2021 kostet der Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid 25 Euro. Das erhöht den Benzinpreis um sieben Cent pro Liter, Diesel wird acht Cent teurer.

Statt in etwa 1,25 Euro pro Liter Super E10 sind ab dem Jahreswechsel dann 1,32 Euro fällig. Eine Durchschnittsfamilie mit zum Beispiel einem VW Sharan Diesel mit einer Fahrleistung von 14.000 Kilometern zahlt an der Tankstelle damit 58 Euro mehr übers Jahr. Hinzu kommen 108 Euro Klimakosten bei Gasheizungen oder 158 Euro für Ölheizungsbesitzer, wobei Verivox einen Heizbedarf von 20.000 Kilowattstunden annimmt.

Mit 59 Prozent der Befragten hält eine deutliche Mehrheit diese Zusatzkosten für zu hoch. 30 Prozent finden die Klimaabgabe angemessen, drei Prozent sogar für zu niedrig angesetzt.

*Anstehende CO2-Abgabe ist vielen Verbrauchern nicht bewusst*

Ab 2021 wird für die Deutschen eine CO2-Abgabe auf Benzin und Heizöl fällig. Geregelt wird das durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz. Der anstehende Paradigmenwechsel im Steuer- und Abgabensystem ist allerdings bislang noch weithin unbekannt.

Allerdings steigt nach den gesetzlichen Vorgaben die CO2-Abgabe auf Benzin und Heizöl im Jahr 2025 weiter und deutlich auf 55 Euro je Tonne CO2. Das wird den Dieselpreis dann um 17 Cent je Liter verteuern. Übers Jahr macht das bei einer Fahrleistung von 14.000 Kilometern 127 Euro Extrakosten aus. Für Erdgas wird eine Musterfamilie dann zusätzlich 238 Euro ausgeben oder 348 Euro für Heizöl.

Die Zahlungsbereitschaft hängt dabei stark vom Alter ab, auch das zeigt sich im Ergebnis der Verivox-Umfrage: Je jünger die Umfrageteilnehmer waren, umso höher ist die Bereitschaft, einen Preis für CO2 zu bezahlen. In der Gruppe der über 50-Jährigen will die Mehrheit der Befragten maximal sechs Euro bezahlen. In der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen gelten Beträge zwischen zehn und 40 Euro als akzeptabel.

„Die Ergebnisse machen deutlich, dass vor allem junge Menschen bereit sind, für den Klimaschutz zu bezahlen“, sagt Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox. „Unterm Strich wollen drei Viertel der

Deutschen aber maximal 20 Euro zusätzlich im Monat für das Klima ausgeben. Vor allem Hausbesitzer müssen mittelfristig jedoch deutlich mehr Geld einkalkulieren.“

#### *Im Gegenzug soll die EEG-Umlage sinken*

Mit der anstehenden Kostensteigerung konfrontiert, erklärten sich nicht wenige Verbraucher bereit, ihr Konsumverhalten zu ändern. So ist immerhin jeder Vierte – 24 Prozent – bereit, sein Auto häufiger stehen zu lassen. Sogar jeder Dritte – 35 Prozent – will weniger heizen, um die Kosten im Zaum zu halten. „Es ist bemerkenswert“, kommentiert Storck, „dass viele Deutsche lieber bei der Raumtemperatur auf die Bremse treten als beim eigenen Pkw.“

Für die Studie wurden im August 2020 deutschlandweit online 1000 Personen im Alter von 18 bis 69 Jahren befragt. Die Umfrage ist bevölkerungsrepräsentativ in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bundeslandzugehörigkeit und wurde vom Marktforschungsinstitut Innofact erhoben.

Trotz des CO<sub>2</sub>-Preises auf fossile Kraft- und Brennstoffe will die Bundesregierung die Abgabenlast der Bürger unter dem Strich nicht steigern. Deshalb sollen die Verbraucher im Gegenzug bei den Stromkosten und der Pendlerpauschale entlastet werden. Geplant ist, mit rund elf Milliarden Euro Steuergeld die EEG-Umlage im kommenden Jahr auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde zu verringern und im Jahr 2022 auf sechs Cent. Derzeit beträgt die Umlage zur Subventionierung der Ökostromproduktion noch 6,756 Cent pro Kilowattstunde.

Die durch die Klimaschutzabgabe ausgelöste Preissteigerung belastet allerdings nicht nur Auto- und Heizungsbesitzer. Durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung dürften alle Dienstleistungen teurer werden, die mit Mobilität zusammenhängen, also etwa Lieferdienste, Speditionen oder den Betreibern von Lkw-Flotten etwa im Baubereich.

Wegen des Corona-Effekts könnte es allerdings sein, dass das Preissignal am Markt zunächst verpufft. Nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbandes liegt der Benzinpreis für Super E10 wegen der Folgen der Pandemie derzeit mit 1,25 Euro pro Liter vergleichsweise niedrig.

Im vergangenen Jahr kostete der Liter mit 1,39 Euro deutlich mehr. Beim Diesel ist der Preisverfall sogar noch stärker. Deutlich spürbar wird die Verteuerung von Kraftstoff durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe im kommenden Jahr also nur, wenn bis dahin die Konjunktur wieder hochläuft und die Öl- und Kraftstoffpreise entsprechend steigen.